



AUSWÄRTIGES AMT

PRESSEREFERAT Telefon: 030 / 18 17-2058

Fax: 030 / 18 17-3030

=====

=

Freitag, 20. Juni 2008
216/08

„Nürnberger Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“

Deutschland hat heute (20.06.) zusammen mit Finnland und Jordanien die „Nürnberger Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“ an VN-Generalsekretär Ban Ki-moon übermittelt. Die Nürnberger Erklärung spiegelt die Ergebnisse der internationalen Konferenz "Frieden und Gerechtigkeit - Bausteine der Zukunft" wieder, die Deutschland, Finnland und Jordanien gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus vier Kontinenten und Teilnehmern aus über 60 Staaten Ende Juni 2007 in Nürnberg ausgerichtet hatten. In der Erklärung werden konkrete Erfahrungen aus der Friedensvermittlung, der Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Versöhnung beschrieben. Die Erklärung formuliert eine Reihe von Prinzipien und Empfehlungen, mit denen Frieden und Gerechtigkeit in Nachkonfliktsituationen verwirklicht werden sollen.

Staatsminister für Europa, Günter Gloser, erklärte hierzu heute:

"Die Nürnberger Erklärung ist ein friedens- und gerechtigkeitspolitischer Meilenstein. Sie bekräftigt, dass nachhaltiger Frieden ohne Gerechtigkeit nicht möglich ist. Sie fordert die Bestrafung der Hauptverantwortlichen von schwersten Kriegsverbrechen und Völkermord. Gleichzeitig schärft sie den Blick dafür, dass Versöhnung immer auch die Frucht von Wahrheit, sozialer Gerechtigkeit und neuem, durch den Rechtsstaat verbürgtem Vertrauen ist. Nürnberg steht symbolisch hierfür - als Geburtsstätte der internationalen Justiz 1946 und seitdem als Vorreiter der Vergangenheitsbewältigung."

Die „Nürnberger Erklärung“ wurde auf deutsche Initiative von einem internationalen Expertenteam unter Schirmherrschaft des costaricanischen Präsidenten und Nobelpreisträgers Oscar Arias ausgearbeitet. Mit der Weiterleitung der „Nürnberger Erklärung“ durch den VN-Generalsekretär an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen werden offizielle Dokumente der Vereinten Nationen künftig auf die „Nürnberger Erklärung“ Bezug nehmen können. Die Bundesregierung erwartet, dass die Erklärung nun in die weitere, internationale Diskussion um Frieden und Gerechtigkeit einfließen und wichtige Akzente setzen wird.

Auswärtiges Amt
Pressereferat, 20.06.2008